

Rezension: Pierre Rosanvallon: Die Gesellschaft der Gleichen

Bigalke, Rudi

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bigalke, R. (2016). Rezension: Pierre Rosanvallon: Die Gesellschaft der Gleichen. [Rezension des Buches *Die Gesellschaft der Gleichen*, von P. Rosanvallon]. *Totalitarismus und Demokratie*, 13(2), 283-285. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69134-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Pierre Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg 2013 (Hamburger Edition), 384 S.

Nicht die Zunahme der Ungleichheit an sich ist das grundlegende Problem unserer heutigen Gesellschaft, sondern der damit verbundene Riss und die Spaltung der Demokratie zwischen politischer Bürgerschaft und sozialer Körperschaft. Mit dieser These eröffnet der französische Politikhistoriker Pierre Rosanvallon seine Abhandlung über „Die Gesellschaft der Gleichen“, um gleichzeitig festzustellen,

dass noch nie so viel über Ungleichheiten gesprochen und so wenig dagegen getan wurde wie heute. In diesem Sinne ist von einer „Krise der Gleichheit“ (S. 15) zu sprechen; weniger das heutige Ausmaß der sozialen Ungleichheit, welche weitaus gravierender in anderen geschichtlichen Epochen auftrat, als vielmehr die Vorstellung von Gleichheit selbst kennzeichnen die Krise. Die Forderung nach mehr Gleichheit zeigt sich entkoppelt von der eigenen Erfahrungswelt, erstarrt zu einer seelenlosen Leerformel. Auf die gebetsmühlenartigen Beschwörungen, „die Ungleichheiten zu verringern“, fehlt das positive Gegenstück einer erstrebenswerteren Welt. In diesem Sinne hat sich Rosanvallon keine geringere Aufgabe gestellt, „als diesen Gleichheitsgedanken neu zu begründen“ (S. 17).

Richtigerweise betont der Autor, dass „die Erfindung der Gleichheit“ gerade nicht in aufkommenden Einkommens- und Vermögensunterschieden ihren Ausgangspunkt hat. Tatsächlich sind die ideenhistorischen Wurzeln in der US-amerikanischen und französischen Revolution zu verorten, die bis heute den Grundtypus der Gleichheitsidee aufzeigen: die Gleichheit an Freiheit. Von der „Gleichheit des Marktes“ und dessen Überführung in den politischen Liberalismus kulminierte die Vorstellung des unabhängigen Individuums schließlich in die Gemeinschaft der Bürger. Durch das allgemeine Wahlrecht konnten die Vorstellungen von Gleichheits- und Gemeinschaftsindividuen in der Formel „eine Person, eine Stimme“ miteinander verbunden werden. Rosanvallon skizziert ein ursprüngliches Gleichheitsbild, das sich weniger durch materielle Egalität auszeichnet, vielmehr zeigt sich der staatsbürgerliche Charakter einer Gemeinschaft als eigentlicher Ausgangspunkt des Gleichheitsethos. So gesehen muss der Kampf gegen die ökonomische Ungleichheit immer vor dem Hintergrund gesehen werden, daraus hervorgehende Partikularinteressen zu begrenzen.

War die staatsbürgerliche Gleichheit stets als Korrektiv zu ökonomischen Ungleichheiten zu verstehen, musste dieses System im Laufe der industriellen Revolution und dem aufkommenden Kapitalismus an seine Grenzen stoßen. Die spektakulären ökonomischen Ungleichheiten riefen die Frage der Gleichheit in einer radikal neuen Weise auf den Plan. Die Antworten formulierten eine Neubestimmung der Gleichheit, die sich in letzter Konsequenz als eine „Pathologie der Gleichheit“ zu erkennen gab. In Form der liberal-konservativen Ideologie, dem Kommunismus, Nationalprotektionismus sowie Rassismus rekonstruiert Rosanvallon einen Gleichheitsgedanken, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts

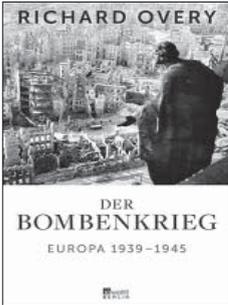
geradezu gegen sich selbst gekehrt war. Erst mit dem „Jahrhundert der Umverteilung“ und der Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts fand die Ungleichheit ein jähes Ende. Gleichwohl musste dieser Umschwung teuer erkauft werden, vollzog sich im Zuge des allgegenwärtigen Rufs nach sozialer Gerechtigkeit Anfang des 20. Jahrhunderts doch eine teilweise bis heute anhaltende Neuformulierung des republikanischen Gedankens: Die politische Dimension des Staates wird einzig als Werkzeug der wirtschaftlich-sozialen Dimension gesehen, ökonomische Ungleichheiten zu verringern. Ausgreifende Staatstätigkeit wird hier zum Ausdruck eines zivilisatorischen Fortschritts verkehrt.

Dazu hat sich ein Individualismus gesellt, der im Zusammenspiel mit einer alles durchdringenden Ökonomie die „Gesellschaft der Singularität“ (S. 259) begründet. In dieser Dimension gerinnt die Ungleichheit zum eigenverantwortlichen Paradigma, das sich das (singuläre) Individuum geradezu seinsmäßig, als Ausdruck eigenverantwortlicher Unzulänglichkeit, anhängt. Die Legitimität redistributiver Gerechtigkeitsansätze, wie sie nicht zuletzt seit „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls wieder auf der wissenschaftlichen Agenda stehen, bauen weniger auf den Allgemeinzustand einer Gesellschaft, sondern auf das Handeln und die soziale Lage der Individuen auf. Vor diesem Hintergrund dekonstruiert Rosanvallon zwei Ansätze, die eine Antwort auf die zunehmende Singularität geben, dabei jedoch unterschiedlicher kaum sein können. Auf der einen Seite schafft die absolute Herrschaft des Marktes eine totale Konkurrenz der Individuen, in der jedoch nicht Tugend oder Talent zum Wettbewerbsvorteil führen, sondern Intrigen und Manipulation. Auf der anderen Seite haben sich Ansätze einer radikalen Chancengleichheit hervor getan, die in letzter Konsequenz geradezu selbstzerstörerisch alle bestehenden Gesellschaftsverhältnisse neutralisieren müssen. Die Angleichung aller Lebenschancen mündet damit in der Vernichtung aller Lebenschancen schlechthin.

Sind die Rekonstruktionen der Ideen- und Institutionsgeschichte des Gleichheitsgedankens durchgehend mit Gewinn zu lesen, muss der „erste Entwurf“ (S. 301) eines angemessenen Gleichheitspostulates doch enttäuschen. Zwar plädiert Rosanvallon für eine „Gesellschaft der Gleichen“, die sich einerseits dem revolutionären Geist der demokratischen Gleichheit bewusst wird und andererseits dem individual-singulären Zuschnitt der Gesellschaft Rechnung trägt, doch fallen die Rekonstruktionen negativ als das ins Gewicht, was sie letztlich auch sind – „ein erster Entwurf“. Auf der Basis der drei Grundvoraussetzungen Singularität, Reziprozität und Kommunalität öffnet der Autor ein weites Feld, das über Anerkennungsphilosophie und Geschlechtergleichheit eine tiefere Betrachtung verdient hätte. Gleichwohl hat Rosanvallon mit dem Plädoyer für eine „Renationalisierung der Demokratie“ (S. 354) das richtige Gespür für die Anforderungen an einen globalen Kapitalismus, in dem ökonomische Ungleichheiten kaum noch zu vermeiden bzw. charakteristische Konstante sind. Eine „Gleichheit in der Ungleichheit“ muss das anleitende Prinzip einer Gesellschaft sein, die zu den Wurzeln der Gleichheit in Zeiten der Singularität zurückfinden will. Verteilungs- und Umverteilungsgleichheit können dort sekundär bleiben,

wo der Zusammenhalt einer Gesellschaft in die „Wiederaneignung des Politischen“ (S. 354) mündet. Erst dann wird ein „stetiger Kampf“ um Gleichheit „als permanente Tätigkeit“ (S. 146) in einer sich selbst bewussten Gemeinschaft möglich sein.

Rudi Bigalke, Bernsdorfer Straße 96, 09126 Chemnitz.



Richard Overy, Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945, Berlin 2014 (Rowohlt), 1053 S.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der bekannte britische Historiker Richard Overy hat mit seiner Monografie über den Bombenkrieg in Europa ein Standardwerk vorgelegt, das sich dem Untersuchungsgegenstand mit einer bewundernswerten Objektivität nähert. Dies muss umso stärker gewürdigt werden, als es gerade vielen Briten heute immer noch schwerfällt, sich von der Vorstellung zu lösen, die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg sei eine militärisch sinnvolle und moralisch gerechtfertigte Kriegshandlung gewesen. Dem setzt Overy mehrmals in aller Deutlichkeit ein Nein entgegen. Er betont, dass die alliierten Bomberoffensiven ganz klar anerkannte Bestimmungen des Kriegsrechts verletzen (S. 894 f.).

Doch bevor Overy sich mit diesen Fragen beschäftigt, beschreibt er zunächst die vor und nach dem Ersten Weltkrieg erfolgten Bemühungen um bindende Abkommen zur Ächtung des Bombenkriegs und die internationale Furcht vor verheerenden Luftangriffen. Die Erwartung eines künftigen Luftkriegs, so Overy, war Ende der 1930er-Jahre tief in der europäischen Kultur verankert (S. 73). Dass gerade Großbritannien und die USA für einen strategischen Bombenkrieg eintraten, erklärt der Autor zum einen mit der geografischen Lage der beiden Großmächte und ihren internationalen Aufgaben, zum anderen mit der Erfahrung des Ersten Weltkriegs, der gewaltige Verluste gefordert hatte. Diese hoffte man in einem künftigen Krieg durch strategische Luftangriffe zu minimieren (S. 90 f.). In Großbritannien hatten zudem die Erfahrungen des „Air Policing“ gegen rebellische Stämme im Irak und im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet zur Überzeugung geführt, dass Bombenangriffe kriegsentscheidend seien (S. 85).

Overy untersucht in seiner Studie sowohl die strategischen Entscheidungen der beteiligten Luftwaffenführungen als auch die gesellschaftlichen Wirkungen des Luftkriegs sowie die Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie. Seine Leitfragen lauten, „was mit den Bomberoffensiven erreicht werden sollte“ und „welche Auswirkungen sie tatsächlich auf die bombardierten Bevölkerungen hatten“ (S. 12). Den breitesten Raum nehmen dabei die angloamerikanischen